



LebensWerte Kommune | Ausgabe 3 | 2019

Gute Beteiligung stärkt die lokale Demokratie

Kommunalpolitik aus Sicht der Bevölkerung

Dr. David H. Gehne, Wolfgang Wähnke, Dr. Kirsten Witte

1. Einleitung

Kommunen haben großen Einfluss auf die Lebensqualität ihrer Bürger¹. Sie prägen und gestalten das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen im Quartier. Die Qualität von Wohnraum-, Bildungs-, Freizeit- oder Mobilitätsangeboten hängt von kommunalpolitischen Entscheidungen ab.

Laut Grundgesetz muss den Kommunen „das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ (Art. 28 Abs. 2 GG). Hierzu werden von den Bürgern Gemeindevertretungen und Bürgermeister gewählt.

In acht Bundesländern und zwei Stadtstaaten finden am 26. Mai 2019 Kommunalwahlen statt. Die Beteiligung an

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die Verwendung geschlechterspezifischer Sprachformen verzichtet. Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung sämtliche Geschlechteridentitäten.

Kommunalwahlen ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gesunken. Allerdings ist die Wahlbeteiligung bei den letzten zehn Landtagswahlen (außer in Hessen) und der Bundestagswahl 2017 gestiegen (Bertelsmann Stiftung 2017b). Und auch für die Europawahl am 26. Mai deuten Umfrageergebnisse auf eine Zunahme der Wahlbeteiligung in Deutschland und in der EU hin (Bertelsmann Stiftung 2019).

Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat das Forschungsinstitut SOKO in einer repräsentativen Befragung Bürger zu ausgewählten Aspekten der Kommunalpolitik interviewt.

Primäres Ziel der Befragung war es, Erkenntnisse zu bevorstehenden Kommunalwahlen zu gewinnen. Darüber hinaus liefert die Befragung den neu gewählten Räten, Kreistagen, Bürgermeistern und Landräten Hinweise darauf, welche Erwartungen die Bürger an „ihre Politik vor Ort“ haben. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind somit sowohl für die Endphase des Wahlkampfes in Kommunen als auch für die tägliche kommunalpolitische Arbeit nach der Wahl von Interesse.



2. Die wichtigsten Ergebnisse

Trotz der engagierten Debatten über die Zukunft Europas ist das Interesse der Bürger an Kommunalpolitik höher als das Interesse an Europapolitik.

Kindern und Jugendlichen gute Chancen zu ermöglichen, ist aus Sicht der Bürger dabei das wichtigste kommunalpolitische Thema, denn es ist ihnen bewusst, dass die Kommunalpolitik über Möglichkeiten verfügt, die Chancen benachteiligter junger Menschen zu verbessern.

Kommunale Akteure – besonders Bürgermeister – genießen außerdem deutlich mehr Vertrauen als Landes-, Bundes- oder Europapolitiker. Dabei sind insbesondere Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsstärke, aber auch Fachwissen, charakterliche Eignung und Bürgernähe wichtige Eigenschaften eines guten Bürgermeisters.

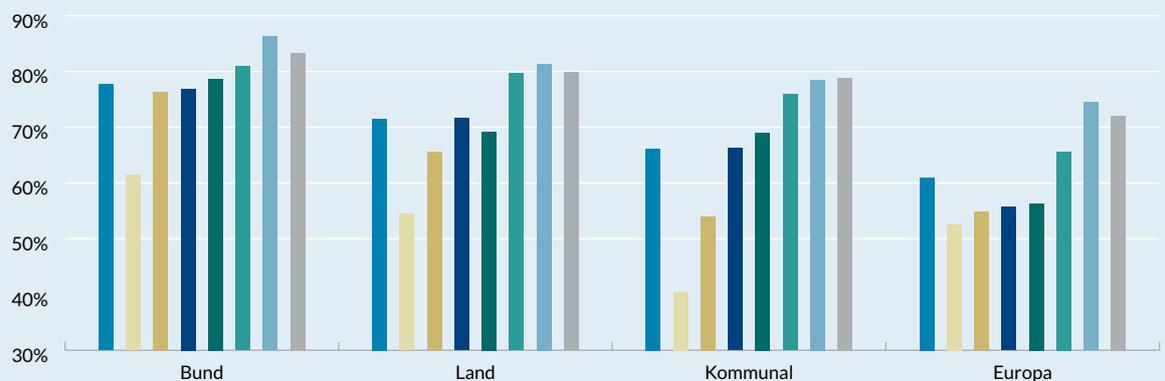
Beteiligung von Bürgern an der Entscheidungsfindung wirkt sich positiv auf das Ansehen von Kommunalpolitikern und Bürgermeistern aus. Gleichzeitig sind jedoch viele Bürger unzufrieden mit ihrer eigenen Beteiligung in ihrer Kommune. Gute Bürgerbeteiligung stärkt die lokale Demokratie, aber es gibt noch großes Potential, die Zufriedenheit mit Rat und Verwaltungsspitze zu steigern und damit die Zustimmung zu Parteien und Bürgermeister.

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Die wichtigsten Ergebnisse	2
3. Ergebnisse im Detail	3
a. Interesse an Kommunalpolitik	3
b. Kommunalpolitische Themen	4
c. Image der Kommunalpolitik	6
4. Fazit	9
5. Methodik und Grenzen der Befragung	9
6. Literatur und Quellen	9
Ausblick	10
Impressum	10

ABBILDUNG 1 **Interesse an der Bundespolitik dominiert in allen Altersklassen. Kommunalpolitik ist für Jüngere eher uninteressant**

Wie stark interessieren Sie sich für Kommunalpolitik, Landespolitik, Bundespolitik, Europapolitik?



Antwortende, die interessiert oder sehr interessiert sind

■ Total ■ bis 25 ■ 26-35 ■ 36-45 ■ 46-55 ■ 56-65 ■ 66-75 ■ 75+

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2019

| BertelsmannStiftung

Trotz einer sehr niedrigen Frauenquote in der Kommunalpolitik und besonders unter den Bürgermeistern wünscht sich nur etwas mehr als die Hälfte der Bürger einen höheren Frauenanteil.

3. Ergebnisse im Detail

a Interesse an Kommunalpolitik

Das Interesse an Kommunalpolitik liegt mit 66,2 Prozent zwar deutlich unter dem Interesse an Bundespolitik (77,7 Prozent), ist aber höher als das Interesse an Europapolitik (61 Prozent).

Das Interesse an Kommunalpolitik hängt vom Alter ab und das Interesse der über 75-Jährigen an Kommunalpolitik ist nahezu doppelt so groß wie das der bis 25-Jährigen. Und das Interesse steigt deutlich mit dem Bildungsgrad der Befragten. So liegt das Interesse der Befragten mit Hauptschulabschluss an der Kommunalpolitik bei nur 53,2 Prozent und bei Befragten mit Fachhochschulreife oder Abitur bei jeweils knapp über 70 Prozent.

Obwohl sich nur 66,2 Prozent der Befragten für Kommunalpolitik interessierten, sagten 81,1 Prozent, dass sie an den nächsten Kommunalwahlen teilnehmen wollten. Der Zusammenhang zwischen den geäußerten

Wahlbeteiligungsabsichten und dem tatsächlichen Wahlverhalten ist allerdings zu unsicher, um daraus eine Prognose abzuleiten. Erfahrungen im Rahmen ähnlicher Befragungen der Vergangenheit zeigen daher auch, dass die erfragten Wahlabsichten vor den Wahlen allgemein weit über der tatsächlichen Wahlbeteiligung lagen. Anlässlich der Europawahl 2009 betrug die Differenz zwischen Wahlabsicht und tatsächlicher Wahlbeteiligung immerhin 13 Prozentpunkte (Bertelsmann Stiftung 2019).

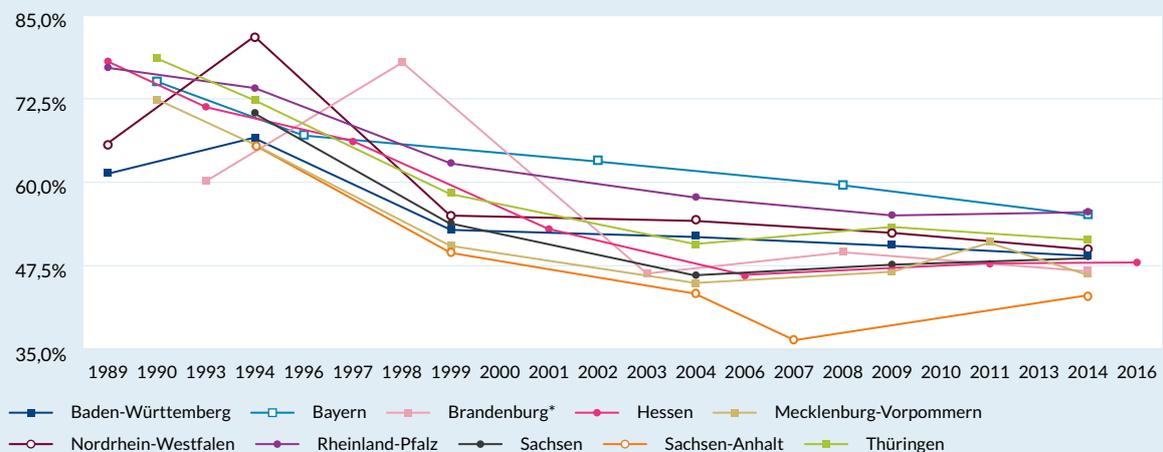
Die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen entwickelte sich langfristig deutlich negativ und erreichte bei den letzten Kommunalwahlen in einigen Bundesländern mit teils deutlich unter 50 Prozent absolute Tiefpunkte.

Viele Bürger erkennen offenbar die Relevanz von Kommunalwahlen, nehmen aber dennoch nicht an diesen teil.

Als Ursache einer niedrigen kommunalen Wahlbeteiligung werden dabei insbesondere geringeres Interesse an Kommunalpolitik im Vergleich zu anderen Wahlerebenen, geringe soziale Integration von armen und sehr mobilen Personen sowie Abnahme einer allgemeinen Wahlpflichtvorstellung genannt (Gehne 2014).

ABBILDUNG 2 **Wahlbeteiligung an den Kommunalwahlen der einzelnen Bundesländern**

Wahlbeteiligung in %

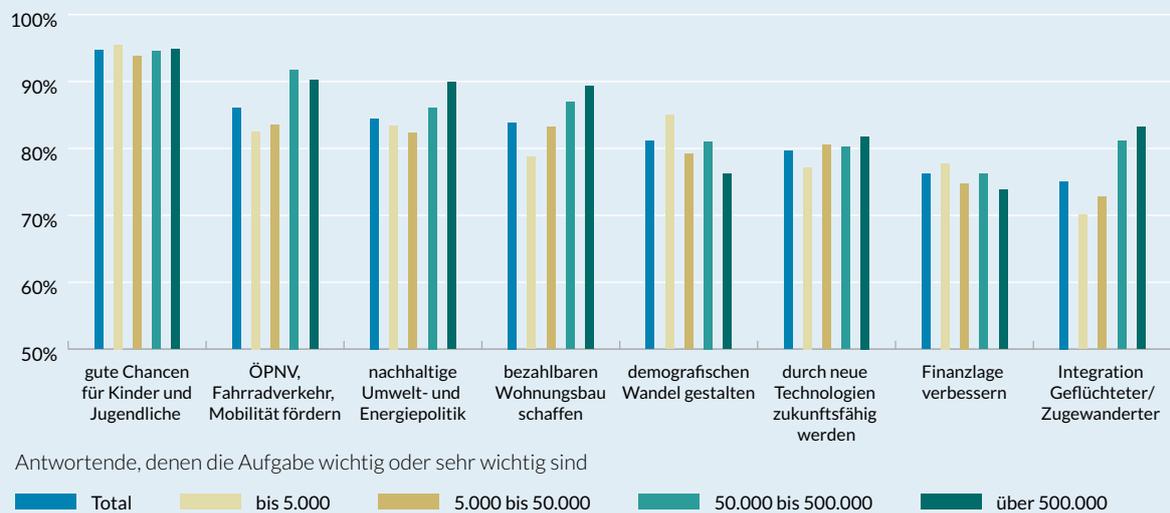


* Für Brandenburg wurden Mittelwerte der Wahlbeteiligungen der Kreistage der Landkreise und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte sowie die Vertretungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gebildet. Die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen 1994 in NRW und in Brandenburg 1998 war deutlich höher, da die Kommunalwahlen zusammen mit den Bundestagswahl stattfanden.

Quelle: Statistische Landesämter

ABBILDUNG 3 In Großstädten dominieren neben Kinder- und Jugendthemen auch Mobilitäts- und Nachhaltigkeits-themen, bezahlbares Wohnen und Integration – im ländlichen Raum auch der demografische Wandel

Wie wichtig sind die folgenden Aufgaben Ihrer Meinung nach aktuell in Ihrer Stadt/Gemeinde/Kreis?



Antwortende, denen die Aufgabe wichtig oder sehr wichtig sind

■ Total ■ bis 5.000 ■ 5.000 bis 50.000 ■ 50.000 bis 500.000 ■ über 500.000

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2019

BertelsmannStiftung

b Kommunalpolitische Themen

Aus Sicht der Befragten wird einzelnen Themen unterschiedliche Relevanz beigemessen. So werden Mobilität, bezahlbarer Wohnraum, Integration und Nachhaltigkeit in größeren Kommunen als wichtiger beurteilt als in kleineren Kommunen, während die Bewältigung des demographischen Wandels für die Befragten in kleineren Kommunen wichtiger ist als in größeren Kommunen.

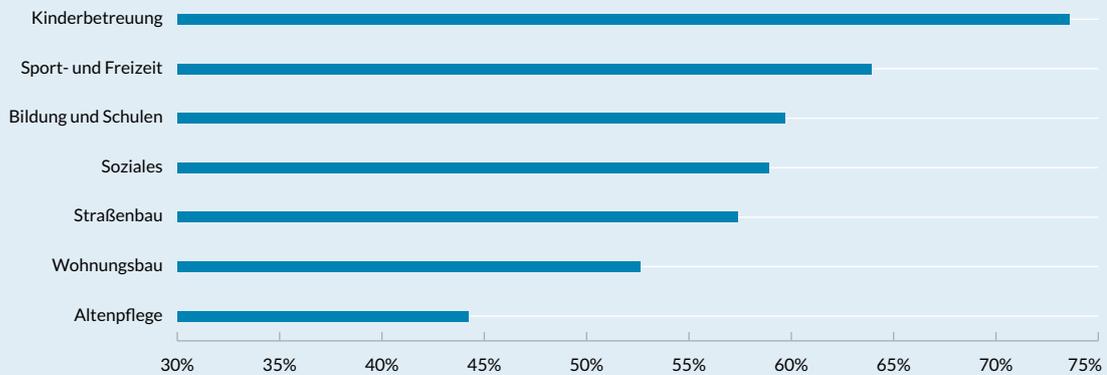
Die Gewährleistung guter Chancen für Kinder und Jugendliche ist nach Einschätzung der Befragten das

wichtigste kommunalpolitische Thema: 94,7 Prozent halten dieses Thema für wichtig oder sehr wichtig. Diese Einschätzung ist unabhängig vom Alter der Befragten sowie vom Bundesland und von der Größe der Kommune, in der die Befragung stattfand.

Die Bürger sind sich durchaus darüber im Klaren, dass der Kommunalpolitik dabei eine wichtige Rolle zukommt: Insbesondere bei der Kinderbetreuung (73,6 Prozent), den Sport- und Freizeitangeboten (63,9 Prozent) sowie bei Bildung und Schulen (59,7 Prozent) attestieren sie Kommunen einen hohen Problemlösungsbeitrag.

ABBILDUNG 4 Kommunalpolitik entscheidet über wichtige Themen

Wie groß ist der Einfluss der Kommunalpolitik ...?



Antwortende, die einen großen oder sehr großen Einfluss der Kommunalpolitik vermuten

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2019

| BertelsmannStiftung

Wie Kommunen die Chancen von Kindern und Jugendlichen verbessern

In Deutschland wächst fast jedes fünfte Kind in Armut auf (Bertelsmann Stiftung und ZEFIR 2015). Dabei ist Armut in der Konsequenz nicht nur Einkommensarmut. Denn die Chancen auf Bildung, soziokulturelle Teilhabe und Gesundheit sind für arme Kinder deutlich geringer als für ihre Altersgenossen. In vielen Städten gibt es Sozialräume mit einer hohen Konzentration von Menschen in belasteten Lebenslagen. Benachteiligte Kinder bleiben häufig unter sich. Die soziale Trennung beginnt nicht erst im Kita-Alter.

Kommunen haben umfangreiche Möglichkeiten, die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Sie können einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dieser Altersgruppe unabhängig von ihrer Herkunft bestmögliche Chancen auf eine gute persönliche Entfaltung und berufliche Entwicklung zu ermöglichen.

Grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Unterstützung sind integriertes Handeln und eine übergreifende Kooperation aller beteiligten Akteure. Kommunalpolitik und -verwaltung, Träger der freien Wohlfahrtspflege und Fachakteure aus den Sektoren Gesundheit, Soziales,

Bildung und Kinder- und Jugendhilfe sind gefragt, eine integrierte Strategie für ihre eigene Kommune zu entwickeln und umzusetzen. Die Kommune hat hier eine wichtige Steuerungs- und Koordinierungsfunktion.

Kleinräumige Analysen machen die Ausgangsbedingungen in den Stadtteilen und Quartieren deutlich. Sie ermöglichen einen umfassenden Blick auf die Quartiere, den sozialen Status der Bewohner, die bauliche Struktur, den Bildungs- und Gesundheitsstatus insbesondere von Kindern, das kulturelle Angebot und konkrete Angebote für Kinder und Familien (z. B. Bildungsangebote, Familienbildung, Erziehungsberatung). Transparenz über die Situation vor Ort ist die Grundlage für gezieltes Handeln.

Mithilfe der sozialräumlichen Daten können Kommunen schließlich passgenaue Angebote für Kinder und Familien vor Ort entwickeln und umsetzen. Am Anfang stehen beispielsweise Hausbesuche in der Schwangerschaft, regelmäßige Früherkennungsuntersuchungen der Kinder und aufsuchende Beratung unterstützungsbedürftiger Familien. Eine gut ausgebaute, sozial gemischte Kita- und Schulinfrastruktur, die Förderung der Zusammenarbeit von Kitas und Schulen mit Eltern und Zivilgesellschaft, Familienzentren und nicht zuletzt eine gute Jugendhilfeplanung sind weitere Gelingensfaktoren für die Gewährleistung guter Chancen – auch für sozial benachteiligte Jugendliche.

Image der Kommunalpolitik

63,8 Prozent der Befragten bringen Bürgermeister*innen großes oder sehr großes Vertrauen entgegen. Damit liegen die Vertrauenswerte weit über denen für Landräte (46,1 Prozent) und Kommunalpolitiker (48,5 Prozent).

Akteure der kommunalen Ebene (Bürgermeister, Landräte und Kommunalpolitiker) schneiden beim Vertrauen gegenüber Europapolitikern (28,3 Prozent) und Bundespolitikern (31,8 Prozent) insgesamt deutlich besser ab.

Glaubwürdigkeit, Durchsetzungsfähigkeit, Fachwissen, charakterliche Stärke und Bürgernähe sind nach Einschätzung der Befragten mit Werten zwischen 94 und 98 Prozentpunkten die wichtigsten Eigenschaften eines kompetenten Bürgermeisters. Für wenig relevant mit Werten zwischen 41 und 7 Prozentpunkten halten die Befragten hingegen Alter, Geschlecht und Konfession.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass nur 25 Prozent der Ratsmitglieder und weniger als 10 Prozent der Bürgermeister Frauen sind (EAF 2018), halten 54 Prozent der Befragten es für wichtig bis sehr wichtig, dass mehr Frauen in den kommunalen Räten oder Kreistagen vertreten sind.

Die Beteiligung von Bürgern an den politischen Prozessen vor Ort ist dabei eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sie ihren Bürgermeister*innen und Räten vertrauen. Mit 73,7 Prozent genießen Bürgermeister*innen, deren Bürger sich an Entscheidungsprozessen ausreichend beteiligt fühlen, deutlich höhere Zustimmungswerte als diejenigen, deren Bürger sich mehr Beteiligung wünschen (55,8 Prozent).

Auch die Wertschätzung der etablierten Parteien vor Ort ist bei Bürgern, die sich ausreichend beteiligt fühlen, höher als bei denjenigen, die sich nicht ausreichend beteiligt fühlen. Bei Sympathisanten der Linkspartei beträgt der Unterschied 1,5 Prozentpunkte, bei der FDP 5,1 Prozentpunkte, bei den Grünen 5,0 Prozentpunkte, bei der SPD 8,2 Prozentpunkte, bei der CDU/CSU sogar 13,0 Prozentpunkte und bei den Freien Wählergemeinschaften 5,2 Prozentpunkte. Allein bei Sympathisanten der AfD gibt es bei der Zustimmung zur Partei nur einen geringen, leicht negativen (-0,5 Prozent) Unterschied zwischen den Bürgern, die die Beteiligung gut oder schlecht beurteilen. Gut empfundene Beteiligung an lokalpolitischen Entscheidungen stärkt also offenbar das

Vertrauen und stabilisiert bzw. verbessert das Ansehen von Parteien und Wählergruppen vor Ort.

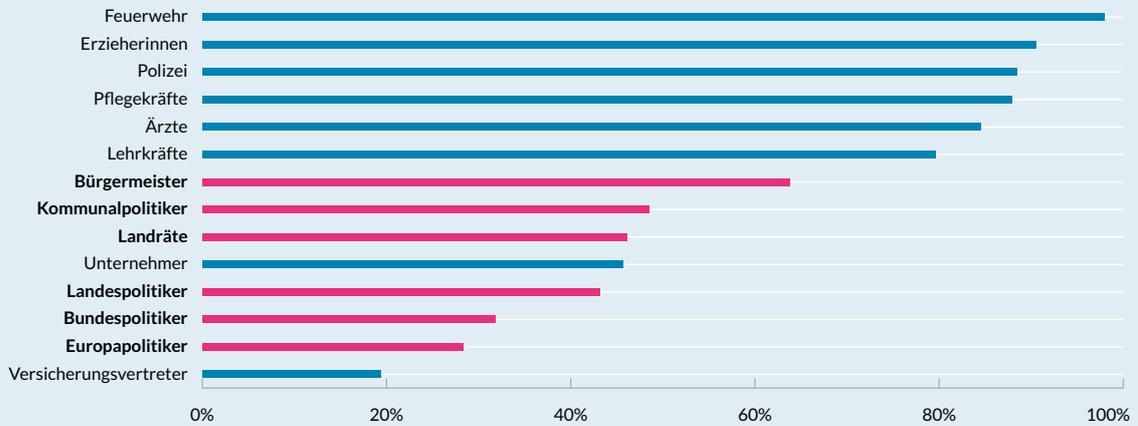
Gleichzeitig gab eine Mehrheit der Befragten an (55,3 Prozent), dass sie sich nicht ausreichend an Entscheidungsfindungen vor Ort beteiligt fühle. In Großstädten beträgt der Anteil der Unzufriedenen sogar 65,8 Prozent. Dieses Ergebnis ist durchaus als Warnsignal für Politik und Verwaltung in Kommunen zu verstehen: Bürger wünschen sich mehr Beteiligung an der Entscheidungsfindung. Der dadurch entstehende Aufwand lohnt sich, denn mehr Beteiligung erhöht das Vertrauen der Bürger in Rat und Verwaltungsspitzen, steigert die Zustimmung zu etablierten Parteien und Bürgermeister*innen und stärkt damit die lokale Demokratie insgesamt.

Mit einer Zustimmungsquote von 78,4 Prozent werden öffentliche Ratssitzungen als das geeignetste Instrument der Bürgerbeteiligung bewertet. Allein in Städten ab 500.000 Einwohnern werden repräsentative Befragungen besser beurteilt als öffentliche Ratssitzungen.

Politikersprechstunden sowie Beteiligungsformate über das Internet und Workshops finden mit 69 bis 61 Prozentpunkten eine deutlich niedrigere, aber immer noch mehrheitliche Zustimmung unter den Befragten.

ABBILDUNG 5 **Bürgermeister*innen gegenüber Politikern mit Vertrauensbonus**

Wie groß ist Ihr Vertrauen in folgende Personen und Berufsgruppen, wobei natürlich immer Männer und Frauen gemeint sind?



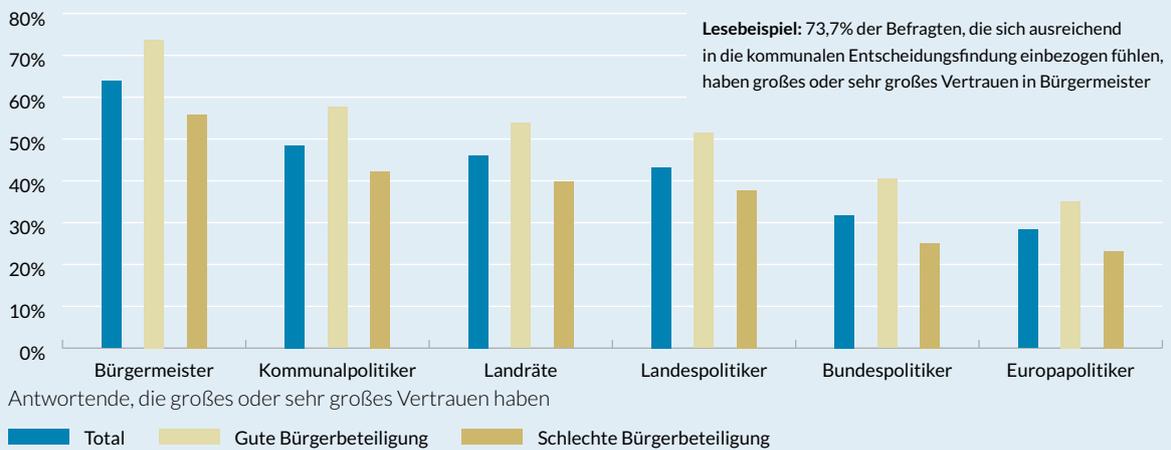
Antwortende, die großes oder sehr großes Vertrauen haben

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2019

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 6 **Bürgerbeteiligung führt zu besseren Beurteilungen**

„Wie groß ist Ihr Vertrauen in folgende Personen und Berufsgruppen?“ plus Kreuzauswertung „Ich finde, dass Bürger ausreichend in kommunale Entscheidungen einbezogen werden.“



Lesebeispiel: 73,7% der Befragten, die sich ausreichend in die kommunalen Entscheidungsfindung einbezogen fühlen, haben großes oder sehr großes Vertrauen in Bürgermeister

Antwortende, die großes oder sehr großes Vertrauen haben

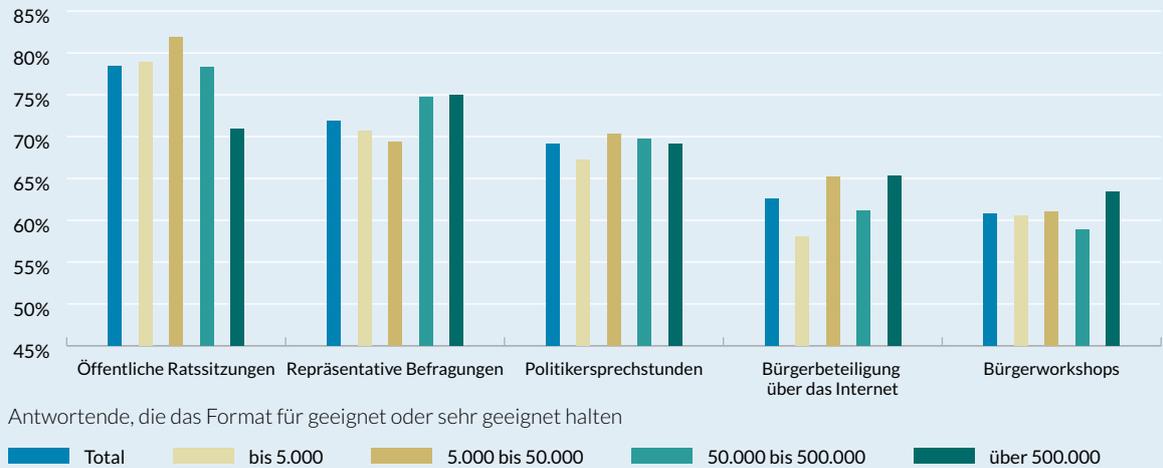
■ Total ■ Gute Bürgerbeteiligung ■ Schlechte Bürgerbeteiligung

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2019

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 7 **Öffentliche Ratssitzungen werden bevorzugt**

Für wie gut geeignet halten Sie die folgenden Formen der Bürgerbeteiligung?



Antwortende, die das Format für geeignet oder sehr geeignet halten

■ Total
 ■ bis 5.000
 ■ 5.000 bis 50.000
 ■ 50.000 bis 500.000
 ■ über 500.000

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2019

| BertelsmannStiftung

Bürgerbeteiligung und Aktivierung

Unsere Demokratie ist vielfältiger geworden und nicht erst seit Stuttgart 21 nehmen die Proteste gegen Infrastrukturprojekte zu. Ob es um den Neubau von Windparks, Strommasten oder Straßen geht, vor Ort sind die Proteste häufig groß.

Die Bürger organisieren sich und vertreten ihre Interessen sehr selbstbewusst. Soziale Medien helfen bei der Mobilisierung und Vernetzung. Gegen den Willen der Bevölkerung sind manche Pläne nicht umsetzbar.

Über 80 Prozent der Deutschen wünschen sich heute mehr Mitsprachemöglichkeiten jenseits von Wahlen: Sie wollen mitdiskutieren oder bestimmte Entscheidungen selbst treffen. Die Erwartungen der Bürger an Beteiligungsmöglichkeiten haben sich damit in den letzten Jahrzehnten grundsätzlich geändert – und unsere Demokratie muss sich an diese veränderten Partizipationserwartungen anpassen.

Kommunen können die Beteiligungskultur stärken, indem sie

- frühzeitig durch Dialog- und Beteiligungsformate den Austausch von Informationen und Argumenten fördern;
- beteiligungsferne Bürger aufsuchen und aktivieren;
- mehr Qualität und Transparenz durch verbindliche Spielregeln sicherstellen (Bertelsmann Stiftung 2017a).

„Man muss (...) dahin gehen, wo die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen am niedrigsten ist“, lautet darüber hinaus eine Empfehlung von David H. Gehne (2014: 291). Demnach sollte bildungsfernen oder ökonomisch benachteiligten Menschen, die meist in sozial benachteiligten Quartieren leben, ein besonderes Interesse gelten.

Persönliche Gespräche sollten im persönlichen Umfeld der Menschen z. B. mit Eltern an den Kitas, an Schulen oder im Rahmen der lokalen Wahlwerbung der Parteien stattfinden, denn wer in seinem unmittelbaren sozialen Umfeld über Politik diskutiert, geht auch eher zur Wahl (Gehne 2014).

Es gilt aber auch, jüngere und künftige Wählergenerationen anzusprechen und sie in Jugendzentren oder Vereinen auch über das Internet zu adressieren.

4. Fazit

Viele Bürger sind unzufrieden mit den bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten in ihrer Kommune. Sie wollen sich einmischen auch jenseits von Wahlen. Dieses Interesse sollten Bürgermeister und Kommunalpolitiker ernst nehmen, denn das Vertrauen zu etablierten Parteien und zu Verwaltungsspitzen steigt, wenn Bürger sich ausreichend beteiligt fühlen. Gerade angesichts der zurzeit eher kritischen öffentlichen Diskussion über politische Akteure liegt hier ein wichtiger Hebel, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu festigen. Kommunalpolitik kann mit gutem Beispiel vorangehen und Dialog- und Teiligungsformate für Bürger anbieten.

Dass dies an vielen Stellen schon funktioniert, zeigt die Tatsache, dass kommunalen Akteuren im Vergleich zu EU-, Bundes- und Landespolitikern ein sehr viel höheres Vertrauen entgegengebracht wird.

Für die anstehenden Kommunalwahlen ist auf eine hohe Wahlbeteiligung zu hoffen, sodass Kommunalpolitiker gestärkt in die neue Rats- bzw. Kreistagsperiode starten können.

5. Methodik und Grenzen der Befragung

Im Rahmen einer repräsentativ angelegten standardisierten Telefonbefragung wurden bundesweit über 2.000 Wahlberechtigte interviewt.

Aufgrund der hohen Sensibilität des Themas und der Länge des Fragebogens fand keine Mehrthemenbefragung statt, vielmehr wurde ein Design gewählt, das ausschließlich das Thema Kommunalpolitik behandelte.

Die Auswahl der Befragten erfolgte mithilfe einer „GESIS-dual-frame“-Telefonstichprobe (Sand 2014).

Obwohl jede potenzielle Zielperson der Grundgesamtheit die gleich große Chance hatte, ein Teil der Stichprobe zu werden, ist eine vollständige Repräsentativität nicht gewährleistet, da bestimmte Zielgruppen (z. B. Hochbetagte, mit Migrationshintergrund, ohne Telefon) nicht ausreichend erreicht werden können.

Trotzdem ist davon auszugehen, dass mit den erhobenen Daten belastbare Aussagen zu den Studienzielen möglich sind.

6. Literatur und Quellen

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015). Vom Besserwissen zum Bessermachen – wie Infrastrukturbeteiligung gelingt, Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung und ZEFIR (Hrsg.) (2015). Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017a). Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden. Fünf Impulse zur Erneuerung staatlicher Beteiligung. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017b). Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019). Europa hat die Wahl. Populistische Einstellungen und Wahlabsichten. Gütersloh.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2017). „Was ist eine Kommune? Zur Bedeutung von Kommunalpolitik heute“. Bonn. <http://www.bpb.de/izpb/257291/was-ist-eine-kommune-zur-bedeutung-von-kommunalpolitik-heute?p=all> (Download 13.5.2019).
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2019). Interesse und Einstellungen der Bevölkerung. Bonn. <https://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/182651/interesse-und-einstellungen-der-bevoelkerung> (Download 13.5.2019).
- EAF – Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (2018). „Frauenanteile in der Politik“. Berlin.
- Gehne, David H. (2014). „Die Unterstadt als demographiefreie Zone – Ist Segregation eine Gefahr für die lokale Demokratie?“. Lebenschancen vor Ort: Familie und Familienpolitik im Kontext. Hrsg. Citlak, Banu, Angelika Engelbert, David H. Gehne, Ralf Himmelmann, Annett Schultz und Holger Wunderlich. Opladen. 277–294.
- Sand, Matthias (2014). Dual-Frame-Telefonstichproben. Entwicklung, Handhabung und Gewichtung. GESIS-Technical Reports 2014/02. Mannheim.

Mission

„Analysen und Konzepte“ ist eine Publikationsreihe aus dem Programm „LebensWerte Kommune“ der Bertelsmann Stiftung. Das Programm widmet sich den drei großen gesellschaftlichen Herausforderungen auf kommunaler Ebene: dem demographischen Wandel in seinen Ausprägungen und Auswirkungen auf alle Politikfelder, der zunehmenden sozialen Spaltung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, sowie der Haushaltskrise, die sich regional vertieft und kommunales Agieren behindert. „Analysen und Konzepte“ soll Ergebnisse der Stiftungsarbeit zu diesen Themen praxisgerecht vermitteln und den Entscheidungsträgern relevante Informationen zur Verfügung stellen.

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich in der Tradition ihres Gründers Reinhard Mohn für das Gemeinwohl. Sie versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Die Bertelsmann Stiftung tritt ein für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, da auf kommunaler Ebene gesellschaftlichen Herausforderungen am wirkungsvollsten begegnet werden kann. Die Stiftung ist unabhängig und parteipolitisch neutral.

Ausblick

Nr. 4 | 2019

Wachsende Ungleichheit durch Wohnraum in Deutschland – zwischen Wohnraumnot und Wohnraumfülle

Die vielerorts steigenden Mieten gelten als die große „soziale Frage unserer Zeit“. Sie treffen Haushalte unterschiedlich und sind somit auch Symbol für eine wachsende Ungleichheit.

Im Zentrum der Diskussion stehen die Verknappung und die nicht mehr gegebene „Bezahlbarkeit“ von Wohnraum. Die kommende Ausgabe von Analysen und Konzepte geht der Frage nach, was „bezahlbar“ bedeutet und welche Haushaltstypen dies trifft. Dazu werden regionalen Arbeitsmärkte und regionale Wohnungsmärkte im Zusammenhang betrachtet. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Verfügbarkeit von Wohnraum sich stärker regional ausdifferenziert, als es das gängige Bild stark angespannter Großstädte einerseits und schrumpfender, ländlicher Räume andererseits vermittelt. Die Auswertungen zeigen, wo und für wen Wohnraum in Deutschland knapp ist und welche Instrumente zur Unterstützung der benachteiligten Haushalte hilfreich erscheinen.

Impressum

© 2019 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh | Telefon +49 5241 81-0

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich | Dr. Kirsten Witte | **Redaktion** | Wolfgang Wähnke | **Autoren** | Dr. David Gehne, ZEFIR an der Ruhr-Universität Bochum, Wolfgang Wähnke, Bertelsmann Stiftung, Dr. Kerstin Witte, Bertelsmann Stiftung | **Grafikdesign** | Nicole Meyerholz, Bielefeld | **Foto** | © Philip – stock.adobe.com | **ISSN** 2199-7969